



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

„Die Lage in der Ukraine ist brisant, mancherorts explosiv!“

Härtere Sanktionen gegen Russland nicht ausgeschlossen

In der Ukraine-Krise setzt die große Koalition weiter auf Diplomatie. Politiker von CDU/CSU sprachen sich in einer Aktuellen Stunde des Bundestages auch für weitere EU-Sanktionen gegen Russland aus, falls Moskau nicht zur Deeskalation der Lage beitrage. Erleichtert zeigten sich die Abgeordneten darüber, dass die OSZE-Militärbeobachter wieder frei sind, die über eine Woche lang von prorussischen Separatisten festgehalten worden waren.

In meiner Rede nannte ich die Lage im Osten und Süden der Ukraine „brisant, mancherorts explosiv“. Zugleich warnte ich davor, dass aus den Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und prorussischen Separatisten ein Flächenbrand werden könnte, der auf Nachbarstaaten wie die Republik Moldau übergreifen könnte. In der nächsten Woche werde ich selber nach Moldau reisen. Dort hält Russland das Gebiet „Transnistrien“, das sich bereits vor Jahren für unabhängig erklärt hat, mit hohen Transferleistungen und einer starken Truppenpräsenz künstlich am Leben. Heute will dort sogar der stellv. russische Ministerpräsident Rogosin an einer Parade russischer Streitkräfte teilnehmen. Das ist ganz sicher kein Zeichen der Entspannung. Entsprechend skeptisch bin ich auch, ob Präsident Putin tatsächlich Anstrengungen unternimmt, das geplante „Referendum“ am kommenden Sonntag zu verschieben.

Meine Rede können Sie sehen unter:

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?iLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=3387502&instance=m187&category=Plenarsitzung&destination=search&mask=search>

Angesichts der dramatischen Ereignisse im Osten und Süden der Ukraine betonte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier erneut, dass eine militärische Lösung nicht in Frage komme. Die Diplomatie bewege sich zwar immer nur in kleinen

Schritten voran, doch „Aufgeben ist keine Option“, betonte er. Er sprach sich für eine weitere Genfer Konferenz mit Russland, der Ukraine, der EU und den USA aus, um verbindliche Schritte zu einer Deeskalation zu vereinbaren.

In der Debatte wurden auch weitere Strafmaßnahmen gegen Russland erwogen, falls die Regierung in Moskau die Vereinbarung der ersten Genfer Konferenz weiterhin nicht umsetzt. „Die Zeit ist reif, dass wir eine Stufe weitergehen“, betonte ich in meiner Rede. Selbstverständlich können Sanktionen, die auch unsere Wirtschaft treffen würden, nicht unser Ziel sein. Aber Russland würde von Handelssanktionen sehr viel härter als wir getroffen werden. Bereits vor der Krim-Krise hat eine enorme Kapitalflucht aus Russland begonnen, weil jedes unternehmerische Handeln durch die immer offener werdende staatliche Willkür und Korruption mit hohen Risiken verbunden ist. Auch die gesellschaftspolitischen Entwicklungen mit harten Gesetzen gegen Oppositionelle lässt viele internationale Investoren, aber auch den russischen Mittelstand, zunehmend an einer positiven Entwicklung des Landes zweifeln. Kämen jetzt Sanktionen hinzu, würde das Russland schwer treffen. Dies scheint aber notwendig zu sein, um Präsident Putin endlich davon zu überzeugen, dass seine Strategie der Destabilisierung der russischen Nachbarn seinem eigenen Land enorm schadet.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen machte sehr deutlich klar, dass die Mission der OSZE-Militärbeobachter, die nach einer Woche Geiselschaft vergangenen Freitag freigelassen worden waren, „wichtig, richtig und regelkonform“ war. Die Unterstellung, die OSZE-Beobachter - darunter vier Deutsche - hätten Spionage betrieben, kritisierte sie als „völlig unverständlich“.

Die für den 25. Mai geplanten Präsidentschaftswahlen in der Ukraine müssen stattfinden. Auch die Uk-

rainer müssen frei und ohne Druck über ihre Zukunft bestimmen dürfen!

Westbalkanstaaten sind sichere Herkunftsstaaten – weiterer Schritt zur Verbesserung des Asylverfahrens

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem weitere Staaten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Dies gilt künftig auch für Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Damit können Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten schneller bearbeitet und ihr Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Beschleunigung des Asylverfahrens und notwendig, um den gestiegenen Zahlen entgegenzuwirken. Unter den aktuellen zehn Hauptherkunftsstaaten befinden sich mit Serbien, Mazedonien und Bosnien Herzegowina drei Balkanländer, deren künftige EU-Mitgliedschaft diskutiert wird. Aus diesen Staaten stammen rund 25 Prozent der aktuellen Antragssteller. Während die Gesamtschutzquote (Asylanerkennung und subsidiärer Schutz) für alle Herkunftsländer bei rund 23 Prozent liegt, liegt die Anerkennungsquote bei den betroffenen Balkanstaaten bei nahezu Null.

Deutschland geht bei syrischen Flüchtlingen mit gutem Beispiel voran

Der Deutsche Bundestag hat gestern einen Koalitionsantrag zur Hilfe für syrische Flüchtlinge verabschiedet. Seit nunmehr über drei Jahren erreichen uns schreckliche Nachrichten aus dem syrischen Bürgerkrieg. Wir erfahren von Gewalt und einer stetig wachsenden Zahl an Toten, Verletzten und Flüchtlingen. Deutschland engagiert sich stark für die Flüchtlinge aus Syrien. Unser Land nimmt alleine mehr syrische Flüchtlinge auf als der Rest der EU gemeinsam. Allein durch Programme des Bundes stellt Deutschland etwa zwei Drittel aller Plätze im Rahmen von Aufnahmeprogrammen von Staaten außerhalb der Krisenregion bereit. Zu den Flüchtlingen, die im Rahmen des Kontingents aufgenommen werden, kommt noch eine steigende Zahl von Syrern, die Asylanträge stellen. Insgesamt leben nunmehr über 65.000 Syrer in Deutschland. Hinzu kommen finanzielle Hilfen von 514 Millionen Euro, die den Flüchtlingen vor Ort direkt zugutekommen. Mit dem THW leistet Deutschland zudem wichtige praktische Unterstützung vor Ort. Die Hauptlast der insgesamt über drei Millionen Flüchtlinge tragen jedoch die

direkten Nachbarstaaten Syriens, also Jordanien, die Türkei und der Libanon. Angesichts der dramatischen Belastungen für die zivilen und staatlichen Strukturen der Nachbarstaaten ist es wichtig, dass auch andere EU-Mitgliedstaaten mehr Verantwortung übernehmen, indem auch sie mehr Flüchtlinge bei sich aufnehmen. Gleichzeitig und insbesondere sollten sie auch die Anrainer stärker unterstützen. Denn jede Unterstützung vor Ort wirkt effektiver und kommt einer höheren Anzahl von Flüchtlingen zugute.

EEG-Reform: Anstieg der Strompreise wird gedämpft, Arbeitsplätzen in energieintensiven Unternehmen werden gesichert

Mit einer Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) will die Koalition den Anstieg der Strompreise dämpfen. Der Bundestag nahm dazu am Donnerstag die Beratungen auf, die noch vor der Sommerpause zu Ende gebracht werden sollen. Erstmals soll der Ausbau der erneuerbaren Energien planvoll gesteuert und die Förderung zugleich gedeckelt werden. Ziel ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2036 auf 55 bis 60 Prozent zu steigern. Bestehende Förderzusagen bleiben selbstverständlich unberührt.

Bestandteil der Neuregelung ist auch die Umsetzung der neuen Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien der Europäischen Kommission. Die neuen Beihilfeleitlinien der EU-Kommission erlauben es, dass strom- und handelsintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes weiterhin eine deutlich verringerte EEG-Umlage zahlen müssen. Dies ist erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit die industrielle Basis Deutschlands zu sichern. Hiervon hängen hunderttausende Arbeitsplätze ab! Die zurückliegende Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass Länder, die ihre Wirtschaft im starken Ausmaß auf Dienstleistungen ausgerichtet und ihre Industrie vernachlässigt haben, deutlich größere Schwierigkeiten hatten, die Krise zu überwinden. Daher müssen wir in Deutschland eine ähnliche Entwicklung verhindern. Dieses Ziel rechtfertigt es, dass die EEG-Entlastung der energieintensiven Unternehmen zu einer Mehrbelastung aller Stromkunden führt. Zugleich war es aber auch richtig, die Liste der zu befreienden Unternehmen zu überarbeiten.